



JA zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» am 5. Juni 2016

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Mitglieder und Sympathisanten

Die Abstimmung vom kommenden **5. Juni 2016** ist für uns enorm wichtig und zentral für eine gute und **vernünftige Verkehrspolitik!** Die Initianten um Auto-Schweiz, die Autoimporteure, die ASTAG Schweiz und andere autofreundlich Kreise haben ihre Initiative unter dem Namen Milchkuhinitiative am 10. März 2014 gestartet und nach einem Jahr mit rund 115'000 Unterschriften eingereicht. Das Initiativ-Komitee hat zum Glück genügend Finanzen und führt einen guten Abstimmungskampf unter dem neuen Titel **«Vorwärts kommen! Faire Verkehrsfinanzierung»**



Unsere 3 Verkehrsinitiativen unter dem Namen «3-er Paket» haben wir am 28. Mai 2014 gestartet. Unser Ziel von 3x 100'000 Unterschriften wurde klar verfehlt. Unsere Finanzen und personellen Möglichkeiten waren klar ungenügend. Die «Vernunft» des stimmberechtigten Autofahrers, unsere drei eigentlich bitter nötigen Initiativen zu unterstützen und zu unterschreiben, hat bei weitem nicht funktioniert. Auch die Möglichkeiten des Internets haben gar nichts genützt. Die generell grosse Informationsflut, die Abgestumpftheit der Stimmberechtigten in ihrem alltäglichen Arbeitspensum dem «struggle of life» ist für die meisten zu gross, so dass sie keine Energie und Lust auf Politik mehr haben und die bitter nötigen Initiativen unbeachtet bleiben.

Die neue Bezeichnung der Verkehrsinitiative **«Vorwärts kommen! Faire Verkehrsfinanzierung»** gleicht fast aufs Haar unserer 2. Initiative **«Strassengelder gehören der Strasse»!** Wir hatten nur einen Artikel mehr als die Milchkuhinitiative. Deshalb ist dies auch unsere Initiative:

Kämpfen wir für ein klares **JA zur Milchkuhinitiative!** Die steuerliche Ausnützung von uns Autofahrern muss endlich beendet werden. Die **Strassen-Infrastruktur** ist endlich mit unserem Geld ganz auszubauen. Die Vernachlässigung des Strassenbaus zu Gunsten unserer Luxus-Bahnen muss gestoppt werden. Es darf nicht wie im Jahr 2012 sein, wo der Nationalrat beschlossen hat, einfach 1,7 Milliarden Franken Strassengelder abzuzweigen, um das Finanzloch der Bahn zu stopfen.

Wir stimmen klar Ja zur Initiative «Faire Verkehrsfinanzierung» der eigentlichen «Milchkuhinitiative»!



Es ist ein Hohn, dass die FDP und die CVP in ihrer Mehrheit diese Initiative ablehnen, obwohl die neue FDP Präsidentin **Petra Gössi** und der neue CVP Präsident **Gerhard Pfister Mitglieder im Initiativkomitee der Milchkuhinitiative sind.**

Das einzige Argument, das die Initiativgegner ins Feld führen ist, dass 60 % der Strassengelder, die heute in die allgemeine Bundeskasse abgeführt werden, vom Bund dringend gebraucht werden. Ohne diese Milliarden Strassensteuer-Franken würde bei der Armee, der Bildung und der Landwirtschaft gespart werden. So lautet die Drohung der Initiativgegner. **Welch ein Unsinn!**

Klar Ja zur Milchkuhinitiative – Faire Verkehrsfinanzierung

Im Streitgespräch in der AZ/Medien, der Aargauer Zeitung usw. behauptet doch der Basler SP Ständerat Claude Janiak gegenüber dem Solothurner SVP Nationalrat Walter Wobmann tatsächlich: «Mit mehr Strassengelder könnten gar nicht mehr Strassen gebaut werden, da nicht genügend Projekte vorliegen... Dies ist **typisch die SP im Bund mit den Grünen**, den Grünliberalen, meist auch der EVP usw. **Diese Parteien sind generell gegen neue Strassen und den Strassenbau!** Sie ergreifen jede Gelegenheit um gegen Strassen vorzugehen. Die **Linken und Grünen** sind eigentliche **Autohasser**. Ihnen ist jedes Mittel recht, das Autofahren zu verteuern, die Auto- und Motorradfahrer abzuzocken, zu behindern, zu verteufeln und am Schluss zu kriminalisieren!

Auf solch **infame Behauptungen** und eine solche **Anti-Auto-Mentalität** wollen wir nur mit **klar JA zu mehr Strassenbau und JA zu einer fairen Strassenverkehrsfinanzierung antworten.**

Bei einem Budget wird leider **nie gespart!** Bei der «Flüchtlingshilfe» und bei der Entwicklungshilfe. Ein zugewanderter «Flüchtling» (Wirtschaftsflüchtling) kostet den Schweizer Steuerzahler im ersten Jahr gut 30'000.- Franken. (Die Asylindustrie will ja auch gut leben!)

Das Bundesamt für Flüchtlinge rechnet für 2016 mit gut 50'000 Flüchtlingen! - Man rechne: 50'000 Wirtschaftsflüchtlinge kosten also etwa **15 Milliarden Steuerfranken im Jahr 2016!** Bei diesem Budgetposten soll nie gespart werden? – **Dies ist eine unerhörte Frechheit!**

Deshalb klar ja zur Milchkuhinitiative! Klar Ja zu Vorwärts kommen! Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung!

Keine Benzinpreiserhöhung. Keine Vollmacht an den Bundesrat oder den Nationalrat oder Ständerat die Strassensteuern und den Benzinpreis nach Belieben zu erhöhen!

Die 5. Abstimmungsvorlage vom 5. Juni 2016 ist das Referendum der SVP gegen Gratisanwälte im «verkürzten Asylverfahren». Zu dieser Vorlage ist in der Arena-Diskussionssendung vom vergangenen 22. April 2016 der abtretende **SVP Parteipräsident Toni Brunner** mit dem neu gewählten und bestgewählten Nationalrat aller Zeiten, dem **Zürcher Nationalrat Roger Köppel** gegen die



SP Bundesrätin Sommaruga (die Merkel der Schweiz - die «Willkommenskultur-Tante») angetreten.

Der **Zuger Nationalrat Gerhard Pfister**, der am Samstag offiziell dann zum CVP Präsidenten der Schweiz gewählt wurde, stand leider auf der falschen Seite von Sommaruga und bejahte das Gesetz mit der Behauptung, dass das verkürzte Asylverfahren mit den Gratisanwälten die Asylverfahren tatsächlich beschleunigen sollte. Dieses Gesetz mit den Gratisanwälten wird aber zum Anziehungspunkt für Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge, die damit rascher zu einem positiven Entscheid gelangen werden. Die harten Fakten, dass eben rund **85 %** der abgewiesenen Asylanträge dennoch in der Schweiz bleiben, konnte mit keinem Votum widerlegt werden. **Die Sache ist klar! NEIN zu diesem Gesetz! Diese Gesetzesänderung bringt keine Verbesserung im Asylmissbrauch.**

Toni Brunner und Roger Köppel haben mit sachlichen Argumenten und Engagement gegen das Asylchaos angekämpft. Ich möchte ihnen zu diesem Auftritt und ihrem Einsatz gratulieren!

Ein klares Nein zur Änderung des Asylgesetzes!

Nein zu
Gratisanwälten
und Enteignungen!

Referendum Asylgesetz:
NEIN zur
verantwortungslosen
Willkommenskultur!

Zur Volksinitiative «Pro Service Public» muss klar NEIN gestimmt werden. Es wird ein teures staatlich gesteuertes System, das unrentabel und sozialistisch ist.

Fast alle bürgerlichen Parteien und Politiker lehnen diese Initiative ab, die staatlichen, alten Strukturen von Post und anderen Service Public Diensten unwirtschaftlich beibehalten wollen. Wir müssen Subventionen reduzieren und nicht ausbauen. Die würde auch noch in vielen anderen Bereichen gelten. Ich denke da an die «heilige Kuh» der Landwirtschaftssubventionen, der Ökovorschriften usw.

Die 2. Vorlage ist die Volksinitiative für ein «bedingungsloses Grundeinkommen»

Hinter dieser Initiative stehen einige Psychologen, Weltverbesserer und Gutmenschen, denen die Unterstützung von «brotlosen Künstlern und Lebenskünstlern mit dem Hang zum Nichtstun» am



Herzen liegen. Ja ein unglaublicher Mitstreiter dieser «**utopischen Initiative**» ist **Oswald Sigg**, ein ehemaliger Spitzenbeamter des Bundes, der davon träumt, dass die Schweiz von allen Geldtransaktionen weltweit ein paar Rappen Steuern pro Million umgesetzten Geldes kassieren kann, um so zu den Milliarden zu kommen, die dieses «**bedingungslose Grundeinkommen**» finanzieren könnte. Andere schlagen vor, dass die Mehrwertsteuer auf über 30 % angehoben werden soll, um diese Utopie zu finanzieren. – Dazu wird vorgeschlagen, dass **jeder in der Schweiz lebende «Mensch»** etwa **monatlich ein bedingungsloses Grundeinkommen von 2500.- Franken** erhalten soll, ohne dass er dafür zu Arbeiten hätte. Dafür würde die AHV und andere Sozialleistungen entfallen.

Eine 4-köpfige Familie erhält also beispielsweise **monatlich Fr. 10'000.-**, ohne dass die Eltern dafür arbeiten müssten. – Erhält ein Asylbewerber dies auch? – Was ist mit den «**Sans-Papiers**», die illegal in der Schweiz leben? – Erhalten die auch ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Es ist eigentlich unerhört, dass wir über so einen «Mist» abstimmen dürfen! – Klar Nein zu diesem Unsinn, der die Schweiz und ihren Wohlstand zerstört!

Der ehemalige Spitzenbeamte Oswald Sigg ist schon zufrieden, wenn diese Initiative 15 % Ja stimmen erhält, wie er in einem Interview erklärte. – Dass er sich für so einen Unsinn engagiert ist schon unglaublich und lässt tief blicken. (Wohlstandsverwahrlosung, Kommunismus, Dummheit? Usw.)

Für mich betrüblich ist, dass so eine Initiative offensichtlich recht problemlos zustande gekommen ist. Jedoch **unsere vernünftige Initiative** für die Wiedereinführung von **Tempo 100/130 km/h** (Tempolimit ausserorts 100 km/h wie in den Nachbarländern und Tempo 130 km/h auf Autobahnen) kam klar nicht zustande. – Ist da nicht etwas gestört in unserer Gesellschaft?

In der **4. Vorlage vom 5. Juni 2016** stimmen wir über das «Fortpflanzungsmedizingesetz» ab, also **die Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung**.

Diese Vorlage erschien der Mehrheit im Präsidium recht kompliziert und wir haben deshalb dazu **die Parole «Stimmfreigabe» beschlossen**.

Herzliche Grüsse

Frank Karli, *Präsidiumsmitglied auto-partei.ch u. Kantonalpräsident Aargau*